ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gratius, Susanne

**Research Report**

# Rückkehr zu innen- und außenpolitischer Verhärtung in Kuba

SWP-Aktuell, No. 14/2003

**Provided in Cooperation with:**
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Gratius, Susanne (2003) : Rückkehr zu innen- und außenpolitischer Verhärtung in Kuba, SWP-Aktuell, No. 14/2003, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/254426

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

# Rückkehr zu innen- und außenpolitischer Verhärtung in Kuba

*Susanne Gratius*

**Im Windschatten des Irak-Krieges nutzte das Castro-Regime die wachsenden Spannungen mit der Interessenvertretung der USA in Havanna als Argument für eine Welle der Repression. Mitte März wurden 79 Dissidenten verhaftet und zwei Wochen später in einem nichtöffentlichen Schnellprozeß zu teilweise über 20 Jahren Haft verurteilt. Zwei Flugzeugentführungen kubanischer Luftpiraten, die sich in die USA absetzen wollten, und die offene Unterstützung von Dissidenten seitens der amerikanischen Interessenvertretung veranlaßten das Castro-Regime zu dieser neuerlichen innen- und außenpolitischen Verhärtung. Damit verschärfte Fidel Castro nicht nur den Konflikt mit den USA, sondern verhinderte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum vierten Mal die Normalisierung der Beziehungen zur EU.**

Mit Ausnahme des genauen Zeitpunkts der Kurskorrektur war das Verhalten des kubanischen Regimes vorhersehbar, denn es läuft immer nach dem gleichen Muster ab: dem periodischen Wechselbad von innenpolitischer Toleranz und Repression, außenpolitischer Öffnung und Isolierung. Wenn sich die Machthaber in Havanna unter Druck gesetzt fühlen, provozieren sie einen außenpolitischen Konflikt, um dadurch die interne Repression zu rechtfertigen. Dann folgt wieder eine Periode der relativen außenpolitischen Öffnung und Erweiterung der gesellschaftlichen Freiräume.

Auslöser für die jetzige Krise war eine Kombination von mehreren Faktoren: International erfüllte der Irak-Krieg das für die USA politisch nicht genehme Castro-Regime mit wachsender Besorgnis, innenpolitisch war das Regime durch eine unter dem Namen Varela-Projekt bekannt gewordene Unterschriftenkampagne der Opposition in Legitimationsnot geraten und bilateral kam es erneut zu Spannungen mit den USA.

## Politische Instrumentalisierung des Feindbildes USA

Seit 1989 zieht das Castro-Regime seine Legitimation weniger aus der sozialistischen Ideologie, sondern verstärkt aus einem anti-imperialistischen Nationalismus. Durch ihre Embargo- und Isolierungsstrategie fügen die USA dem Land zwar erheblichen wirtschaftlichen Schaden zu, bieten dem Regime aber gleichzeitig ein willkommenes Feindbild. So dient die Sanktionspolitik der USA den Interessen

des Regimes, indem es die Notwendigkeit der innenpolitischen Geschlossenheit mit dem Schutz gegen den externen Feind rechtfertigt. Kuba versteht sich als Land im permanenten Kriegszustand mit den USA. Nach dieser Logik arbeiten alle Andersdenkenden für die USA und sind folglich Vaterlandsverräter. Nur der kubanische Sozialismus garantiert die nationale Souveränität und die Wahrung der Errungenschaften im Bereich Bildung und Gesundheit. Der Preis hierfür ist aus Sicht des Regimes der Schulterschluß der Kubaner mit Fidel Castro und die Abschottung gegenüber dem externen Feind USA.

Die rechtliche Grundlage für die Verurteilung aller politischen Aktivitäten außerhalb der Kommunistischen Partei Kubas bietet das 1999 in Kraft getretene Gesetz zum »Schutz der nationalen Unabhängigkeit und der kubanischen Wirtschaft«. Mit der kürzlichen Verurteilung von 79 Dissidenten fand das als Antwort auf das »Helms-Burton-Gesetz« verabschiedete, rechtlich höchst bedenkliche Regelwerk zum ersten Mal Anwendung. Zuvor wirkte es lediglich wie ein Damoklesschwert für unabhängige Journalisten und Oppositionelle in Kuba, die jederzeit wegen Kollaboration mit den USA festgenommen werden konnten.

## Verstärkter interner Druck auf das Castro-Regime

Nach jahrelanger Fragmentierung gewinnen die Dissidenten im In- und Ausland an Ansehen. Unter den jetzt Inhaftierten befinden sich drei international bekannte Gegner des Regimes: der Journalist Raúl Rivero, der Dissident Héctor Palacios und die vor drei Jahren schon einmal verhaftete Ökonomin Marta Beatriz Roque. Festgenommen wurden unabhängige Journalisten, Gewerkschaftler und Bibliothekare, Menschenrechtsaktivisten und Mitglieder in Kuba verbotener politischer Parteien und Gruppierungen aus dem ganzen Land. Die jüngste Verhaftungswelle zeigt, daß sich das Regime zunehmend unter Druck gesetzt sieht. Mit den drakonischen Strafen bereitete es einem längeren Tauziehen mit der Opposition ein gewaltsames Ende.

Noch im Januar 2003 ließ Fidel Castro sein Regime durch die alle fünf Jahre angesetzten Wahlen zur Nationalversammlung bestätigen. Die 609 Kandidaten für die 609 Sitze der sozialistischen Abgeordnetenkammer erhielten nach offiziellen Verlautbarungen eine Zustimmung von 97 Prozent. Parallel zum Beginn der Wahlkampagne des Regimes organisierte eine Gruppe von Oppositionellen – angeführt von Oswaldo Payá, Träger des Sacharow-Preises des Europäischen Parlaments – eine Unterschriftenaktion für ein Referendum über das politische System in Kuba, die unter dem Namen »Varela-Projekt« bekannt wurde. Obwohl sie die für Volksbefragungen laut Verfassung notwendigen 11 000 Stimmen erhielt, wurde das Gesuch von der Nationalversammlung abgelehnt.

Als Antwort auf die Initiative der Opposition ließ Fidel Castro seinerseits über acht Millionen Stimmen (99,25 Prozent der Bevölkerung) für eine Verfassungsreform sammeln, um den unwiderruflichen Charakter des sozialistischen Systems verfassungsrechtlich zu verankern.

Durch das Varela-Projekt gelang es der traditionell zersplitterten Dissidentenbewegung in Kuba zum ersten Mal, ihre Kräfte zu sammeln und sich auf gemeinsame Ziele zu einigen. Wie die Überreaktion des Regimes unter Beweis gestellt hat, gefährdet das von den USA unterstützte Projekt seine politische Monopolstellung.

## Gegenseitige Provokationen zwischen den USA und Kuba

Seit etwa einem Jahr schwelt nach einer Phase relativer Entspannung – unter anderem lockerten die USA ihre Embargopolitik – ein neuer Konflikt zwischen Kuba und den USA. Nach dem Regierungswechsel in Washington mehrten sich die Zwischenfälle und gegenseitigen Anschuldigungen. Das ohnehin schlechte Nachbarschaftsverhältnis – seit dem US-Embargo 1961

unterhalten beide Ländern keine diplomatischen Beziehungen – kühlte merklich ab.

Die eigentlichen Spannungen begannen nach dem 11. September 2001. Zunächst äußerte ein Mitglied der Bush-Regierung den Verdacht, Kuba produziere biologische Waffen. In den letzten Monaten kam es dann zur Entführung von zwei Flugzeugen und einer kubanischen Fähre, für die das Castro-Regime die laxe Asylpolitik der USA gegenüber kubanischen Flüchtlingen verantwortlich machte. Da der Chef der amerikanischen Interessenvertretung in Havanna, James Cason, einen offenen Umgang mit Dissidenten pflegte und mit ihnen regelmäßige Treffen in seiner Residenz abhielt, entschied sich die kubanischen Regierung für den Weg der Konfrontation: Sie schränkte die Bewegungsfreiheit des Personals der amerikanischen Interessenvertretung in Kuba ein und verhaftete die größte Zahl an Dissidenten seit den siebziger Jahren.

Mit den Festnahmen statuierte die Regierung einerseits ein innenpolitisches Exempel. Andererseits dienten sie auch als Warnung an die Adresse der USA, sie würden mit ihrer konspirativen Politik die Oppositionellen gefährden. In einer kubanischen Regierungserklärung vom 18. März heißt es, die amerikanische Interessenvertretung habe sich zu einem Zentrum der Subversion gegen die verfassungsrechtliche Ordnung, der wirtschaftlichen Sabotage, der Sicherheitsbedrohung und der Zerstörung der nationalen Unabhängigkeit Kubas entwickelt. Die USA reagierten zunächst mit einer scharfen Verurteilung der Verhaftungen und erhöhten ihrerseits die Bewachung des Personals der Interessenvertretung Kubas in Washington.

Die anti-imperialistische Rhetorik des Castro-Regimes trifft im Zusammenhang mit dem in Lateinamerika unpopulären Irak-Krieg im Inland auf größere Resonanz. Zudem ist das Risiko einer scharfen Reaktion der USA auf die Verhaftungswelle durch andere außenpolitische Prioritäten geringer. Ignoriert von der Weltpresse, nutzt das Castro-Regime den Windschatten des Irak-Krieges für eine Demonstration innen- und außenpolitischer Stärke gegenüber den USA.

Das kubanische Kalkül, die USA würden auf die innenpolitische Aggression nicht reagieren, ist ein Spiel mit dem Feuer: Sollten die USA es wirklich ernst meinen und ihren weltweiten Feldzug für die liberale Demokratie auch vor der eigenen Haustür führen, wäre selbst eine militärische Intervention in Kuba nicht mehr völlig auszuschließen. Dagegen spricht aber die Tatsache, daß Kuba für die USA schon lange keine Sicherheitsbedrohung mehr darstellt, sondern ein von den Exilkubanern dominiertes, innenpolitisches Thema ist. Und der Einfluß der Exilkubaner auf die US-Politik basiert auf dem Feindbild Fidel Castro, ohne das sie ihre politische Daseinsberechtigung verlören.

Momentan scheint die Rechnung der Kubaner aufzugehen, daß das Risiko einer Gegenreaktion der USA gering ist: Der amerikanischen De-facto-Botschafter in Kuba, James Cason, erklärte die Entführungen in einem im Parteiblatt *Granma* abgedruckten Statement für illegal und sprach sich für die Verurteilung der Schuldigen in den USA aus.

Beobachter vermuten, das Castro-Regime will die US-Regierung mit der Repressionswelle und den jüngsten Anschuldigungen gegen James Cason zur Schließung der amerikanischen Interessenvertretung in Havanna bewegen. Die 1977 unter der Carter-Regierung gegründete diplomatische Vertretung war den kubanischen Machthabern als ideologische Enklave des Feindes und Hort für kontrarevolutionäre Aktivitäten schon lange ein Dorn im Auge. Sollten sich die USA tatsächlich zur Schließung ihrer Vertretung in Havanna provozieren lassen, könnten sie genau in die Falle tappen, die ihnen die Castro-Regierung ausgelegt hat.

Ein solcher Schritt wäre das Ende der 1994 entstandenen gemeinsamen Migrationspolitik, auf deren Grundlage die USA jedes Jahr 20 000 Einreisevisa für Kubaner vergeben. Ein erster Hinweis hierfür war

die Erklärung des Außenministeriums, man werde die für April geplante dritte Konferenz »Nation und Migration«, an der auch Cuban-Americans teilnehmen sollten, aufgrund des Irak-Krieges und der gespannten Beziehungen zu den USA absagen.

## Ende der dritten kubanisch-europäischen Flitterwochen?

Die Verhaftungswelle in Kuba dürfte der Annäherung an die EU, seinem wichtigsten Wirtschaftspartner, ein jähes Ende setzen. Noch wenige Wochen zuvor sah es so aus, als werde Kuba nun endlich, nach drei gescheiterten Versuchen, seine Beziehungen zu Europa durch einen Beitritt zum Cotonou-Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten normalisieren. Hierfür sprach folgendes:

- Im Dezember 2001 hatten Kuba und die EU ihren 1996 eingefrorenen politischen Dialog wieder aktiviert.
- Kuba hatte im Januar 2003 zum zweiten Mal einen Antrag auf Aufnahme in das Cotonou-Abkommen gestellt.
- Die Europäische Kommission eröffnete Mitte März eine Delegation in Havanna.

Nun könnte erneut eine Eiszeit in den Beziehungen anbrechen. Durch die jüngsten Verhaftungen lieferte das Regime den Gegnern einer Normalisierung der Beziehungen in der EU neue Argumente. Zu den Blockierern gehören die nordischen »Menschenrechtsfundamentalisten« Finnland, Schweden und die Niederlande sowie der wichtigste amerikanische Bündnispartner, Großbritannien.

Das deutet darauf hin, daß sowohl Kuba als auch die EU aus unterschiedlichen Gründen die Kosten einer Normalisierung letztendlich höher bewerten als den Nutzen. Kuba verspricht sich durch einen Beitritt zu »Cotonou« zwar mehr Entwicklungshilfe, will aber gleichzeitig eine Debatte mit der EU über das Thema Menschenrechte vermeiden und die Beziehungen zu Europa auf Wirtschaftskooperation beschränken. Der EU ist das Risiko eines weiteren transatlantischen Konflikts mit den USA (noch dazu über das sensible Thema Kuba) in einem Moment ohnehin gespannter Beziehungen zu groß.

So dürfte sich das Verhältnis zwischen der EU und Kuba, solange Fidel Castro an der Macht ist, auch weiterhin durch einen ständigen Wechsel zwischen Annäherung und Distanz auszeichnen. 1995/96 und 1999/2000 zeigten die Beziehungen eine ähnliche Entwicklung: Die Phase der Annäherung endete nach außenpolitischen Konflikten zwischen Kuba und den USA (Flugzeugabschuß und Migrationskonflikt). Fidel Castro fürchtet nichts so sehr wie eine Entspannungspolitik, denn er legitimiert sich durch den »Kampf« gegen den Erzrivalen USA und teilt die Welt in Freunde und Feinde der Revolution.

Es besteht kaum Zweifel daran, daß sich das Regime auch diesmal bei dem bevorstehenden jährlichen Abstimmungsritual in der UN-Menschenrechtskommission als Opfer des US-Imperialismus präsentieren und genau darüber Buch führen wird, wer für und wer gegen die verurteilende Resolution gestimmt hat. Schon 2000 mußte das europäische Abstimmungsverhalten als Argument für das Zurückziehen des kubanischen Antrags auf Aufnahme in das Cotonou-Abkommen herhalten. Das ist auch jetzt wahrscheinlich.

Die jüngsten Ereignisse in Kuba zwingen die EU, die in dem »Gemeinsamen Standpunkt zu Kuba« dominante Menschenrechtskomponente wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Im Sinne einer europäischen Entspannungspolitik und des konstruktiven Engagements wäre es wenig ratsam, die außenpolitische Isolierung des Regimes jetzt ebenfalls mit Distanzierung zu beantworten. Dies würde nicht dem europäischen Ziel der Demokratieförderung dienen, sondern vielmehr der Feindbildlogik des Regimes.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364